

Presseinformation 42/2024

Mehr Anstrengungen gegen die Klimakrise

Während Deutschland intensiv über Wirtschaftsförderung, Werbung von Arbeitskräften im Ausland sowie die Zurückweisung von arbeitswilligen Menschen an den Grenzen diskutiert, warnt das Umweltprogramm der UN (UNEP) wieder einmal eindrücklich vor verheerenden Auswirkungen des Klimawandels auf die Wirtschaft. Laut UNEP befinden wir uns in einem Klimanotstand, wobei sich das Zeitfenster zum Handeln schnell schließen würde.

Der neue [UNEP-Emissionslückenbericht 2024](#) verdeutliche, so der Verband für Wirtschaft und Umwelt, die harten Entscheidungen, vor denen auch Deutschland steht: entweder eine Begrenzung der globalen Erwärmung auf 1,5 Grad, Anstrengung zur Anpassung an 2 Grad oder katastrophale Folgen bei 2,6 - 3,1 Grad. Die derzeitigen zu geringen Anstrengungen im Klimaschutz laufen eher auf eine globale Erwärmung von 3 Grad hin, mit schwerwiegenden Folgen auf Wohlstand und Zusammenhalt in Gesellschaften.

Technisch gesehen, sei es nach wie vor möglich, das 1,5 Grad-Ziel von Paris noch einzuhalten. Denn durch Solar- und Windenergie seien drastische und schnelle Emissionssenkungen möglich, so der Landesverband Solarenergie in Rheinland-Pfalz. Dazu bedarf es aber wesentlich mehr Maßnahmen bei Kommunen, Wirtschaft und Privatpersonen. Es müsste eine wesentliche Erhöhung der Investitionen in die Emissionsminderung erfolgen. Dabei hätten die G20-Staaten mit den höchsten Emissionen, wie Deutschland, die Hauptlast zu leisten.

Mit gemischten Gefühlen sehen der Verband für Wirtschaft und Umwelt sowie der Landessolarverband zunächst auf die kommende UN-Klimakonferenz in Baku vom 11. – 22. November 2024. Aserbaidschan stehe offen an der Seite Russlands. Die Wirtschaft des Landes fuße zu großen Teilen auf fossilem Gas. Das autoritäre Land baue seinen Reichtum auf fossile Energien auf und wolle seine Gasproduktion in den kommenden Jahren erheblich steigern. Das seien zunächst keine guten Voraussetzungen für einen erfolgreichen Klimagipfel, so die Verbände.

Dennoch hoffen die Verbände auf die Einsicht der Länder, mehr gegen den Menschen gemachten Klimawandel zu unternehmen. Effizienzmaßnahmen, Elektrifizierung und Brennstoffwechsel in den Bereichen Gebäude, Verkehr und Industrie seien Optionen, die mit den heutigen Technologien umgesetzt werden können. Der kommende Weltklimagipfel im November müsse sowohl im Bund als auch im Land zum Anlass genommen werden, die technischen Möglichkeiten zu einem stärkeren Umsteuern in der Klimapolitik zu fördern.

Rheinland-Pfalz müsse mehr Windräder zulassen, das Landessolargesetz reformieren, damit mehr versiegelte Fläche mit Solaranlagen belegt werden können, Initiativen für mehr Agri-PV auf landwirtschaftlichen Sonderkulturflächen im Obst-, Wein- und Gemüseanbau ergreifen, sowie Bürokratie und Restriktionen gegen den weiteren Ausbau der erneuerbaren Energieanlagen verringern, so die beiden Verbände abschließend.